

Nassauer Anzeiger



Ämtliches Organ

für die Stadt Nassau und für Bergnassau-Scheuern.

Publikationsorgan für das Amtsgericht Nassau.

Bezugspreis:

Stückpreis 1,95 M., ohne Bringerlohn.
Erscheint dreimal:
Dienstag, Donnerstag, Samstag.

Anzeigenpreis:

Die einspaltige Vorgabe 25 Pf.
Die Reklamezeile 70 Pf.

Filialen in: Bergnassau-Scheuern, Sulzbach, Schweighausen, Obernhof, Attenhausen, Homburg, Elisenhütte.

Telegramme: Buchdruckerei Nassaulahn.

Bankkonto: Nassauische Landesbank Nr. 1830.

Fernsprechanruf Nr. 24.

Nr. 67.

Druck und Verlag:

Buchdr. Geinr. Müller, Nassau (Bahn).

Mittwoch, 11. Juni 1919.

Verantwortung:

Arthur Müller, Nassau (Bahn).

42. Jahrg.

Volksabstimmung in Oberschlesien.

Rotterdam, 5. Juni. Der Pariser Berichterstatter der Daily Mail meldet:

Es besteht die Aussicht, daß man in Oberschlesien eine Volksabstimmung gutheißen wird. Die Mehrzahl der Alliierten scheint nicht daran zu sein, daß Deutschland zugleich mit der Unterzeichnung des Friedensvertrages Mitglied des Völkerbundes werde. Wahrscheinlich werde man jedoch Deutschland die Versicherung geben, daß es bald in den Völkerbund aufgenommen wird, vielleicht bei Gelegenheit der ersten Versammlung des Bundes im Oktober in Washington. Die Frage der Festschreibung des Gebietes wird genau untersucht von einer Kommission, die vom Rat der Vier ernannt wurde, und es scheint wenig zweifelhaft, daß die Kommission den Rat erteilen und der Rat der Vier ihn gutheißen wird, nämlich, daß die Körperschaft, die das besetzte Gebiet kontrolliert, eine bürgerliche und keine militärische Körperschaft sei.

Die deutsche Volkspartei gegen die Gegenvorschläge.

Berlin, 5. Juni. Die Fraktionen der deutschen Volkspartei der Nationalversammlung und der preussischen Landesversammlung haben zu den Gegenvorschlägen einstimmig eine Erklärung beschlossen, in der entrüstet Einspruch erhoben wird, daß das Dokument weder dem Friedensausfluß der Nationalversammlung noch der Nationalversammlung selbst vorgelegt hat. Insbesondere wurde gegen die Auslieferung der Kriegsschiffe, gegen die Verminderung der Heeresstärke auf 100.000 Mann, gegen den Verzicht auf die allgemeine Wehrpflicht, gegen Abgabe eines einseitigen Schuldenbekenntnisses und gegen das Angebot einer 100-Milliarden-Ermäßigung, ungesumme schärfste Verwahrung eingelegt.

Paris, 6. Juni. Der Temps meldet, es sei zweifelhaft, ob die Antwort auf die deutschen Gegenvorschläge vor Ende der nächsten Woche überreicht werden könne.

Versailles, 6. Juni. Der Matin meldet, Wilson habe erklärt, daß der Vertragsentwurf der Alliierten den 14 Punkten vollständig entspreche. Der Wortlaut der Antwort werde am Donnerstag den Deutschen vorgelesen werden. Der Matin glaubt, daß diese Antwort eine Widerlegung der deutschen Behauptung sei und nichts im Dunkeln lassen werde. Sie werde die völlige Übereinstimmung des Vertrags mit Wilsons Programm beweisen. Die Weigerung Deutschlands würde ohne weiteres den Bruch des Waffenstillstandes zur Folge haben.

Verhandlungsmöglichkeiten?

Berlin, 7. Juni. Die vom Ministerpräsidenten einberufene Sitzung des Friedenskomitees der Nationalversammlung dauerte von 11 bis 3 Uhr. Anwesend waren die 28 Mitglieder, drei Präsidenten und die Regierungsvorsteher. Die Verhandlungen waren sehr vertraulich, indes kann soviel mitgeteilt werden, daß die Aussichten auf Verhandlungen in Versailles besprochen und daß man immerhin die Möglichkeit hierzu durchaus als gegeben erachtet. Man wurde sich darüber einig, daß die Nationalversammlung vorzuziehen im gegebenen Zeitpunkt (Präsident Hindenburg hat ja bereits die Abgeordneten zur Weimarer Tagung aufgefordert) in Weimar tagen soll. Ob die endgültige Beschließung der Versammlung in Berlin oder Weimar stattfinden soll, steht noch dahin. Vorläufig wird der Nationalversammlung zur Entscheidung die Verfassungsfrage in zweiter oder dritter Lesung vorliegen. Möglicherweise wird die Sitzung erst am Freitag stattfinden, nachdem der Verfassungsausschuß mit seinen Arbeiten fertig wird. Vorläufig dürften sich die Beratungen nicht mit der Angelegenheit des Friedensschlusses beschäftigen, ehe die Stellungnahme des Verbandes offiziell bekannt ist. Diese wird frühestens Ende nächster Woche erwartet.

Die Ausweisungen aus dem Saargebiet.

Berlin, 7. Juni. Auf die Anfrage des Reichsnationalen Abgeordneten Dr. Klingemann in der preussischen Landesversammlung über die Ausweisungen aus dem Saargebiet durch eine von der Regierung ergangene Antwort die Ausweisung von 67 bürgerlichen Beamten, Oberlehrern, Direktoren usw. sowie von über 200 Bergleuten namentlich fest. Die

Regierung weist ferner darauf hin, daß auf die bisherigen Proteste der Waffenstillstandskommission eine Antwort der Alliierten nicht erfolgt sei. Wegen der neuerlichen Ausweisungen sei die Kommission abermals angewiesen, Protest einzulegen und die Aufhebung der Ausweisungsbefehle zu verlangen.

Milderung des Friedensvertrags?

Berlin, 6. Juni. Die „New York World“, die dem Präsidenten Wilson nahesteht, veröffentlichte gestern die Nachricht, daß der Vizepräsident die Revision der Friedensbedingungen ernsthaft in Erwägung zieht. Der Vorschlag der Deutschen betreffend das Saargebiet, nämlich Kohlenlieferung an Frankreich anstatt Abtretung des Gebietes würde wahrscheinlich angenommen werden.

Dem Vorschlage, Deutschland sofort in den Völkerbund aufzunehmen, sowie dem Angebot der Kriegsschadensabfindung von 100 Milliarden in Gold stehe man durchaus sympathisch gegenüber.

Die Befestigung des linken Rheinufer werde auf 5 Jahre herabgesetzt.

Deutsch-Österreich wird der Anschluß erlaubt.

In Oberschlesien wird eine Volksabstimmung unter Kontrolle des Völkerbundes stattfinden.

Änderungen von mehr als formeller Bedeutung!

Paris, 4. Juni. Der Berichterstatter der „Daily News“ glaubt, daß in den Fragen des Saarbeckens, der Schadenersatzung, der Häfen und Wasserwege und möglicherweise auch der territorialen Bestimmungen im Osten Europas Änderungen von mehr als formeller Bedeutung zu erwarten seien.

Heimsendung der Kriegsgefangenen sofort nach Friedensschluß.

München, 6. Juni. Die Münchener Augsburger Abendzeitung gibt ein Privattelegramm wieder, wonach Clemenceau den französischen Arbeiterführern erklärte, daß die deutschen Kriegsgefangenen sofort nach Unterzeichnung des Friedensvertrages heimgeschickt werden. Frankreich beabsichtige keinesfalls, eine neue Form der Sklaverei einzuführen.

Die Gruppierung im besetzten Gebiet.

Amsterdam, 7. Juni. Auf eine Anfrage im Unterhause befragte Churchill, daß die Deutschen im besetzten Gebiet den Hut abnehmen müssen, wenn sie mit einem englischen Offizier sprechen. Er erklärte ferner, keinen Grund zu der Annahme zu sehen, daß dies nach der Unterzeichnung des Friedens geändert werden solle; eine Befestigungsarmee hätte im feindlichen Gebiet ein Anrecht auf dergleichen Beweise von Ehrerbietung durch die Bewohner.

Das Ende der Wiesbadener „Regierung“.

Wiesbaden, 5. Juni. Der Landeshauptmann Krekel hat die Mitglieder der „Regierung“ Dortens kraft seines Hausrechts aus dem Landeshaus hinausgewiesen. Der Versuch Dr. Dortens, vom Saal des Landeshauses die mitgebrachte weiß-grüne Fahne seiner Republik zu hissen, wurde durch den Botenmeister verhindert, der dafür gerichtlich bestraft und bedroht wurde. Die „Regierung“ zog dann gestern nachmittag in das Gebäude der Staatsregierung über, das wegen des freien Mittwochnachmittags teilweise von den Beamten verlassen war. Auch der französische Administrator Oberst Pinot war dazu erschienen. Der stellvertretende Regierungspräsident Springorum fragte den Obersten, wie er sich verhalten solle, worauf dieser erklärte, das sei eine rein innerdeutsche Angelegenheit; er mische sich da nicht ein, sondern solle für Ruhe auf der Straße. Oberregierungsrat Springorum befürwortete darauf den Herrn Dortens persönlich auf die Straße, während dessen „Kabinettsmitglieder“ auf das Geheiß Springorum ebenfalls an die Luft gesetzt wurden. Den „Ministern“ erging es dabei recht küßlich, da sich in der Bevölkerung eine ungeheure Wut aufgestapelt hatte. Namentlich der sogenannte

Justizminister Eckermann, der übrigens sowohl aus der Demokratischen Partei als auch aus dem Anwaltsverein ausgeschlossen wurde, erhielt eine Tracht Prügel, und der „Unterrichtsminister“ Lehrer Krämer erlitt eine Kopfverletzung, so daß er in ein Spital gebracht werden mußte. Die beiden sozialdemokratischen Parteien und alle bürgerlichen, mit Ausnahme des Zentrums, erhoben nochmals schärfsten Widerspruch gegen die von Unberufenen wider den Willen der erdrückenden Mehrheit der Bevölkerung erfolgte Ausrufung der Republik und erklärten, die preussische Staatsangehörigkeit unter allen Umständen beizubehalten und lediglich die preussischen Staatsbehörden als rechtmäßige Träger der Staatsgewalt anzuerkennen.

Die Strafverfolgung des „Präsidenten“ Dortens.

Frankfurt a. M., 7. Juni. Einer der hiesigen amtlichen Stellen eingegangenen Nachricht zufolge hat das preussische Ministerium des Innern gegen den Präsidenten der rheinischen Republik, Dr. Dortens, einen Haftbefehl erlassen.

Die Reichsregierung und die Rheinprovinz.

Versailles, 7. Juni. Es ergab sich aus der Besprechung der rheinischen Vertreter mit der Friedensdelegation, daß nach der Auffassung aller Herren die rheinische Bevölkerung ohne Unterschied der politischen Parteilichung, des Standes und der religiösen Anschauungen fest zum Deutschen Reiche hält und daß irgendwelche deutschfeindliche Ansinnen in den gesamten Ländern am Rhein nicht nur auf Verständnislosigkeit, sondern auf den entschlossenen Widerstand stoßen werden. Daß die erwähnten maßgebenden Kreise aller Richtung der rheinischen Bevölkerung angeht, der Stimmung in Rheinlande die paperne Proklamation des Herrn Dortens und seines Rückzuges, auch wenn sie sich formell auf den Boden der Reichseigenschaft stellt, nicht ernst zu nehmen geneigt sind, ist leicht erklärlich. Die anwesenden Vertreter des Rheinlandes haben aus der Besprechung mit der Friedensdelegation den bestimmten Eindruck gewonnen, daß die Reichsregierung der Eigenart und den daraus entspringenden berechtigten Wünschen der rheinischen Bevölkerung volles Verständnis entgegenbringt und gewillt ist, die „rheinische Frage“ gemeinsam mit den rheinischen Abgeordneten vom Beisein des gesamten Deutschlands zu regeln. Graf Brockdorff-Rantzau schloß sich auf der Rückreise den rheinischen Vertretern an, um auch mit dem Kardinal-Erzbischof in Köln über die rheinischen Angelegenheiten zu konferieren.

Rückreise der Rheinischen Abordnung.

Versailles, 6. Juni. Die nach Versailles gereisten Vertreter des rheinischen Bürgerturns, zu denen außer den schon genannten Herren noch Prof. Raas (Frier) gehört, verließen heute abend wieder Versailles.

Köln, 7. Juni. Graf Brockdorff-Rantzau ist gestern mittag kurz nach 2 Uhr mit dem D-Zug Paris-Köln hier eingetroffen. Mit demselben Zuge kehrte auch die vor einigen Tagen nach Versailles berufene rheinische Abordnung nach Köln zurück. Graf Brockdorff-Rantzau, der im Hotel Ditch abgestiegen war, hatte gestern nachmittag zwischen drei und vier Uhr eine Besprechung mit Kardinal v. Hartmann und ist gestern abend sieben Uhr, wie mitgeteilt wird, wieder nach Versailles zurückgekehrt.

Eine Erklärung des Generals Mangin.

Aus Mainz wird gemeldet: Die hiesige städtische Nachrichtenstelle teilt mit, daß folgende Bekanntmachung an Bürgermeister Dr. Kallb gelangt ist: Der Herr General Mangin, Oberbefehlshaber der 10. Armee, hat in einer Audienz am 5. Juni 1919 dem Bürgermeister Dr. Kallb folgendes erklärt: Die französische Armee wird nach wie vor den Anhängern und Gegnern der Rheinischen Republik gegenüber strengste Neutralität beobachten. Jede Gewalttat und jede öffentliche Kundgebung, die die allgemeine Ordnung stören könnte, ist untersagt.

Die Rheinische Republik.

Die famose vorläufige Regierung der Rheinischen Republik scheint nun im stillen Kämmerlein über den so überaus herzlichen

Empfang nachzusinnen der ihr bereitet worden war. Wer den Schaden hat, braucht für den Spott nicht zu sorgen, und so ernst und tieftraurig der ganze Vorgang ist, so kommt der Humor doch dabei auf seine Rechnung. Nach Generationen noch wird man in Wiesbaden von den Taten der Regierung Dortens erzählen und wird sich der wackeren Männer freuen, die den Ministern von eigenen Gnaden den rechten Weg wiesen. Von Tag zu Tag mehrten sich die Proteste gegen die Vorgänge des 1. Juni. Von Parteien, Behörden und Vereinen laufen Kundgebungen gegen den Staatsfeind ein. Und heute kann nur noch ein Satz behauptet, daß Dortens mit seinen Zielen den Wünschen der Mehrheit entgegenkomme. Das Regierungsorgan der „vorläufigen Regierung“, das Zentrumsblatt die „Rheinische Volkszeitung“, billes gestern auch schon zum Rückzug. Es hat bereits eine Verteidigungsstelle bezogen und wartet anscheinend nur noch auf den Augenblick, um sich, wie der technische Ausdruck lautet, unbemerkt vom Gegner loslösen zu können. Auch aus katholischen Kreisen macht sich starker Widerstand gegen das Verhalten derer, die ihre Stimmen in der „Rheinischen Volkszeitung“ erhoben haben.

Der Wahlverein Wiesbaden der deutschen demokratischen Partei hat uns folgende Erklärung zur allgemeinen Verbreitung übersandt:

Eine Handvoll politischer Abenteurer, die nicht einmal den Mut besitz, ihren Namen zu nennen, hat die Zeit der höchstnationalen Spannung, welche wir jetzt durchleben, benutzt, um in hochverräterischer Weise die besetzten Teile unserer nassauischen Heimat aus dem preussischen Staatsverbande loszureißen und unter dem Namen einer Rheinischen Republik ein selbständiges Scheindasein zu geben. Hinter diesem anonymen Ausschuß steht ein verschwinder Bruchteil des nassauischen Volkes, während die erdrückende Mehrheit desselben treu zum preussischen Staate und dem Deutschen Reiche hält. Alle Versicherungen, daß die Rheinische Republik im Verande des deutschen Reiches bleiben sollte, sind bewusste Phrasen zur Täuschung Leichtgläubiger, denn das Scheidemanntelegramm eines gewissen Dr. Dortens, der offenbar für die anonyme Regierung zu zeichnen gewillt ist, zeigt in seinem Schlußsatz deutlich, daß die Rheinische Republik auf der Friedenskonferenz nicht im Rahmen des deutschen Reiches, sondern durch eigene Delegierte vertreten sein will, offenbar aus dem Grunde, weil sie Interessen zu vertreten hat, die mit denen des deutschen Reiches nicht gleichartig sind.

Der nassauischen Bevölkerung hat sich infolge dieser landesverräterischen Untriebe eine Erregung bemächtigt, welche in einer vollständigen Arbeitsniederlegung am Montag, den 2. Juni, ihren spontanen Ausdruck fand. Die Bevölkerung Nassaus erhebt flammenden Protest gegen eine derartige Verwahrlosung ihres Selbstbestimmungsrechtes und verlangt, daß man ihr in der Frage der staatlichen Zugehörigkeit das Recht der freien Meinungsäußerung durch unbefangene Volksabstimmung zugesetzt. Die erdrückende Mehrheit der Angehörigen der Deutschen demokratischen Partei, Deutschnationalen Volkspartei, Deutschen Volkspartei, sozialdemokratische Mehrheitspartei und Unabhängigen Sozialdemokratie spricht dem anonymen Arbeitsausschuß jedes Recht ab, im Namen des nassauischen Volkes oder auch nur eines erheblichen Bruchteils desselben zu sprechen. Sie fordern die französischen Besatzungsbehörden auf, unter Verwahrung auf wiederholte Zusagen des Marschall Foch, dafür zu sorgen, daß im Interesse der Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung im besetzten Gebiet und Fernhaltung jeder Volksregung diese Bestrebungen sofort unterdrückt und die Ruheförder des Landes verwiesen werden. Für alle Folgen aber, welche durch die bedrohliche Volksregung infolge der Ausrufung der Rheinischen Republik entstehen können, machen sie alle diejenigen verantwortlich, welche diese hochverräterischen Pläne gebilligt oder unterstützt und gefördert haben.

Wiesbaden, den 4. Juni 1919.

Deutsche demokratische Partei
Wahlverein Wiesbaden.

„Wenn nicht mit, dann gegen Köln!“

In Aachen wird von Zentrumsseite die Errichtung einer rheinischen Republik mit Energie weiter propagiert. Gegenüber den großen Kölner Blättern, die die Los-

trennung vom Reiche bekämpfen, erklärt das Aachener Zentrumsblatt „Vollstrecker“: „Die Herrschaften in Köln, gleichviel welcher politischen Färbung, mögen sich gefügt sein lassen, daß die rheinische Republik wenn nicht mit, dann gegen Köln errichtet werden wird. . .“

Im Wiesbadener Regierungspräsidium.

c Berlin, 6. Juni. Anstelle des augenblicklichen Regierungspräsidenten von Wiesbaden von Meister übernahm als gesetzlicher Stellvertreter Oberregierungsrat Springorum die Dienstgeschäfte des Wiesbadener Bezirks. Gegen die sogenannte Regierung dieser Republik nehmen sämtliche preussischen Behörden Wiesbadens selbstverständlich eine unbedingt ablehnende Haltung ein.

Ein Protest des bayrischen Landtages.

c Bamberg, 6. Juni. Der Ältesten-Ausschuß des bayrischen Landtages protestierte gegen die Verhaftung des Abgeordneten Klemens-Kaiserslautern.

Einberufung der Nationalversammlung.

c Berlin, 6. Juni. Präsident Fehrenbach ersucht die Mitglieder der Nationalversammlung, am Donnerstag in Weimar anwesend zu sein.

Eine unbegründete Verdächtigung Noskes.

c Berlin, 7. Juni. Von zuständiger Stelle wird uns mitgeteilt: Von unverantwortlicher Seite wird behauptet, daß der Reichsminister Noske durch Telegramm nach München die Erschießung Leuins gefordert habe. Das ist glatt erfunden. Das einzige Telegramm, das der Reichswehrminister in der letzten Zeit nach München geschickt hat, enthielt die Bitte, einen Gefangenen freizulassen.

Die deutschen Reichsfarben.

c Berlin, 4. Juni. Der Verfassungsausschuß der Nationalversammlung nahm in der Abstimmung über die Reichsfarben die Regierungsvorlage, die als Farben schwarz-rot-gold vorliegt, mit 15 Stimmen der Sozialdemokraten und Demokraten (mit Ausnahme von Koch-Kassel) gegen 11 Stimmen der Deutschnationalen, der Deutschen Volkspartei, des Zentrums und des Abg. Koch-Kassel an. — Die „Kreuzzeitung“ glaubt nicht, daß die Nationalversammlung dem Beschluß des Verfassungsausschusses in der Reichsfarbenfrage beitreten werde.

Mobilisierung der bulgarischen Armee.

c Berlin, 6. Juni. Die Balkan-Telegraphenagentur meldet: Ein Teil der bulgarischen Armee ist bereits mobilisiert und an die serbische Grenze geleitet worden. Wie es heißt, wird von den Bulgaren nur der gezielte Zeitpunkt abgewartet, um die Serben anzugreifen. (Eine Bestätigung der Meldung von anderer Seite liegt bis jetzt noch nicht vor. Der Nachrichtenverkehr zwischen uns ist nun so ziemlich im stillsten Chaos. Neulich hieß es, Bulgarien würde in das serbische Königreich mit aufgenommen; dann, es sollte ein Bündnis geschlossen werden; nun, es komme zum Kriege. D. Schr.)

c Rotterdam, 5. Juni. In Holland herrscht große Aufregung infolge der Pariser Nachrichten über die angeblichen Forderungen Belgiens mit Bezug auf die Revision des Vertrags von 1839. Die Zeitungen warnen das Publikum, da die Verträge nur inoffizieller Natur seien. In den letzten Tagen haben die Bewohner der holländischen Gebiete an der Schelde durch große Kundgebungen gezeigt, daß sie sich jedem Wechsel heftig widersetzen.

k Haag, 6. Juni. Der holländische Minister des Äußeren wird heute in der zweiten Kammer eine Mitteilung über den Stand der Unterhandlungen mit Belgien bekanntgeben. Es ist eine Regelung getroffen, wodurch jeder Angriff auf holländisches Gebiet oder auf holländische Hoheitsrechte in jeder Form ausgeschlossen ist. Der Anspruch Belgiens auf die Benutzung von Wasserwegen kann nur mit vollkommen freier Mitwirkung aller Beteiligten geregelt werden. Das ganze drohende Element in der belgischen Frage ist daher beseitigt.

k Brüssel, 5. Juni. Der Landesauschuß der belgischen Gewerkschaften fordert zu Massenkundgebungen und großen Versammlungen am 15. Juni im ganzen Lande auf, um für die allgemeine Einführung des Achtstundentages, die Festsetzung eines Mindeststundenlohns und die Aufhebung gegen die Vereins- und Versammlungsfreiheit noch bestehenden gesetzlichen Einschränkungen einzutreten.

k Berlin, 5. Juni. Die Meldung von der Ernennung des Abgeordneten Trimborn zum Oberpräsidenten in Koblenz bestätigt sich nicht. Wie wir hören, wird vom Rheinischen Bauernbund Herr v. Schorlemer-Meser vorgeschlagen, von anderer Seite der Abgeordnete Molkenhauer.

Levine hingerichtet.

k München, 5. Juni. Der wegen Hochverrats zum Tode verurteilte Levine wurde heute nachmittag hingerichtet.

Die nächste Ausgabe des Nassauer Anzeigers erscheint Freitag Abend.

Von Nah und Fern.

* Nassau, 10. Juni. Pfingsten, das lieblichste Fest, liegt hinter uns. In diesem Jahre war es eine rechte Pfingsten, denn der Himmel hatte sein bestes Kleid angelegt: Blauer Himmel und goldig lachender Sonnenschein, und wohin man schaute duftende Blumen und herrliche Frühlingspracht. Diese hat denn auch vielen der Erdenpilger den Wanderstab in die Hand gedrückt, um sich völlig und ganz an der schönen Natur zu erfreuen; ist es doch die erste Pfingsten wieder nach langen Kriegsjahren mit der schönen Aussicht, bald einen völkervereinigenden Frieden zu erhalten. Möge denn auch die auf einen solchen Frieden gesetzten Hoffnungen nicht zu Schanden werden und bald in Erfüllung gehen. — An beiden Pfingsttagen war denn auch unsere Stadt wieder das Ziel vieler Ausflügler, wenn auch der Zustrom lange nicht so stark war wie in früheren Jahren, so war derselbe doch zufriedenstellend; ebenfalls hatten die Ausflugsorte in unserer nächsten Nähe einen über Erwarten starken Besuch aufzuweisen.

* Nassau, 10. Juni. Herr Obst- und Weinbauinspektor Schilling in Geisenheim, dem unsere Frauen, unsere Obstbaumzüchter und Winzer schon manchen guten Ratsschlag danken, weil wieder in unsern Mauern, um am 12. Juni d. Js. abends 8 Uhr im Gasthaus zum Stern einen Vortrag über „die Sommerarbeiten an den Obstbäumen mit besonderer Berücksichtigung des Sommerchnittes des Zwergobstes“ zu halten. Am 13. Juni von vormittags 9 Uhr und nachmittags von 2 Uhr finden praktische Übungen und Unterweisungen in den Gärten der Kursteilnehmer statt. Nachdem die Baumbäume teilweise vorzüglich, teilweise befriedigend verlaufen ist, kann Baumbesitzern und Freunden des Gartenbaues Teilnahme an den Veranstaltungen nur wärmstens empfohlen werden. Bemerkenswert sei noch, daß das im Frühling gelegentlich eines Pflanzkurses ausgeführte Umpflücken schlecht tragender Obstsorten gute Resultate hatte.

* Im Schalter-Vorraum des Postamtes ist ein Schlüssel gefunden worden, derselbe kann am Schalter wieder abgeholt werden.

m Der Kurswert der Mark ist vom 1. Juni ab auf 48 Centimes festgesetzt worden, 1 Fr. gleich 2,08 Mark.

DP Uns geht folgende Mitteilung zu: Wir geben hierdurch öffentlich bekannt, daß wir unser bisheriges Mitglied, Herrn Justizrat Eckermann, aus unserm Wahlverein ausgeschlossen haben. Wiesbaden, 5. Juni 1919. Wahlverein Wiesbaden der Deutschen demokratischen Partei.

k Koblenz, 6. Juni. Durch Ausbruch von Feuer erfolgte gestern nachmittag um 3¼ Uhr auf dem bei dem Nachbarort Mülheim gelegenen ausgedehnten Pulverfabriken eine schwere Munitionsexplosion. Stundenlang flogen Geschossteile über die Gegend und gefährdeten stark die Dörfer in der Nähe. Einzelne Sprengstücke erreichten auch die Bahnstrecke Köln-Koblenz. Ueber etwaige Tote und die Zahl der Verletzten ist noch nichts bekannt.

c Zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten ist in Coblenz, Schloßstr. 51, eine Beratungsstelle errichtet, bei der für jedermann täglich unentgeltliche Sprechstunden abgehalten werden.

Diez, 28. Mai 1919.

Bekanntmachung.

Der Obst- und Weinbauinspektor Schilling in Geisenheim wird am

Donnerstag, den 12. Juni d. Js., abends 8 Uhr in Nassau im Gasthaus „Zum Stern“ (Schulz)

einen Vortrag über

„Die Sommerarbeiten an den Obstbäumen mit besonderer Berücksichtigung des Sommerchnittes des Zwergobstes“ halten.

Am 13. Juni von vorm. 9 Uhr und von nachm. 2 Uhr finden praktische Unterweisungen und Übungen in den Gärten der Kursteilnehmer statt.

Mit Rücksicht auf die Wichtigkeit der Vorträge, der praktischen Unterweisungen und Übungen lade ich zu recht zahlreichem Besuche ein. Die Belehrungen sind für jedermann kostenfrei. Die Herren Bürgermeister der Vortrags- und Nachbargemeinden ersuche ich, dies sogleich in ihrer Gemeinde bekannt zu geben und auf eine zahlreiche Beteiligung hinzuwirken.

Der Vorsitzende des Kreis-Ausschusses, J. A. Kaiser.

Gesehen und genehmigt.

Der Chef der Militärverwaltung des Unterlahnkreises, Chatras, Major.

Gegen Karten:

Weizenmehl, Pfd. 30 Pfg., zu haben bei J. W. Kuhn, Nassau.

Bekanntmachung.

Das Baden in der Lahn ist nur auf der Strecke von der Berger Klamm bis zum Wasserhaus der Eisenbahnverwaltung gestattet. Das Baden ohne Schwimmhose ist verboten. Betreten der an den Badeplatz anschließenden Wiesengrundstücke pp. zieht Bestrafung nach sich.

Nassau, den 4. Juni 1919.

Die Polizeiverwaltung:

Hasenclever.

Gesehen und genehmigt.

Der Chef der Militärverwaltung des Unterlahnkreises,

Chatras, Major.

Schäfergesellschaft Nassau.

Pferchversteigerung.

Donnerstag, den 12. d. Mts., abends 9 Uhr versteigere ich in meiner Wohnung 25-30 Nachten Pferd. Karl Schmidt, Vors.

Toussaint-Langenscheidt'sche Unterrichtsbriefe für die

englische Sprache

und Wörterbuch für 35 Mk. zu verkaufen. Wo? sagt die Geschäftsstelle.

Marmelade.

zu haben bei J. W. Kuhn, Nassau.

Echter Kauttabak

Kein Ersatz, liefert stets frisch in großen Rollen

Probefendung und Preisliste Mk. 3,— gegen Nachnahme

E. Bareiter, Bensheim (Hejien).

Sauerkraut,

ganz vorzüglich, auch roh als Salat essbar zu haben bei J. W. Kuhn, Nassau.

Spähne

zum Feueranmachen gibt ab.

Wilh. Kurz III., Wagner, Bongertstr. 2

Viele vermögende Damen wollen sich schnellstens glücklich verheiraten. Herren auch ohne Vermögen erhalten sofort Auskunft durch

„Concordia“, Berlin D. 34.

3 bis 4 Zimmer-Wohnung

in ruhiger Lage mit Gas und Elektrizität von pensioniertem Oberzahlmeister mit kleiner Familie, 3 St. noch in Straßburg i. E., zum 1. Juli oder später zu mieten gesucht. Angebote mit Preisangabe an die Geschäftsstelle.

Elektro-Motore

für Gleich- und Drehstrom.

Friedensausführung — Kupferwicklung

in jeder Größe und Stromart ab Lager oder Kurzfristig lieferbar.

Gute Bedienung. Billige Preise.

Dunkel & Maurer,

Elektr. Licht- und Kraftanlagen.

COBLENZ, Viktoriastraße Nr. 35.

Fernsprechnummer 2516.

Gebrannter Kaffee,

besonders fein und wohlgeschmeckend, eingetroffen bei

J. W. Kuhn, Nassau.

Tonröhren Bogen,

verschiedene Größen, frische Sendung erhalten.

Chr. Balzer, Nassau.

Baumaterialienhandlung.

Suche Hausierer, die viel Geld verdienen durch P. Arnold, Wittgendorf bei Dösching i. Ehlr.

Künstliche Blumen

für Dekoration u. Grabschmuck. Grabkränze, Vasen u. Blumenkörbe

Bedarfs-Artikel für Blumengeheimnisse.

Dr. Herzfeld & Co., Köln-Sülz,

Barrenratherstr. 315.

Größte Fabrik präparierter Pflanzen Westdeutschlands

Nur für Wiederverkäufer.

Lagerbesuch lohnt

Nachrichten des Wirtschaftsamtes der Stadt Nassau

Umtausch der Brotkarten.

Die neuen vom 16. Juni ab gültigen Brotkarten werden am Samstag, den 14. Juni vorm. von 8-12 Uhr und nachm. von 1½-4 Uhr auf dem Rathause umgetauscht.

Fleisch.

Verkauf von Fleischfleisch und Fleischwurst am Freitag, den 13. Juni vorm. von 7½-12 Uhr und nachm. von 1-6 Uhr in den Metzgereien von R. Steuber, L. Mählstein und Geschwister Kuth.

Die zur Ausgabe kommende Menge ist aus dem Aushang in den Metzgereien zu ersehen.

Fleisch.

In einigen Metzgereien ist nun gefälschtes Schweinefleisch und Speck vorrätig. Ausgabe auf Abchnitt der Einfuhrzusagekarte. Eintreffender Sendungen ist vorerst zu erwarten.

Kondensierte Vollmilch.

Bei der Firma J. W. Kuhn kondensierte Vollmilch in Büchsen kartensfrei zum Verkauf.

Schmalz.

In den Metzgereien Hammerstein, Mählstein und Schulz ist prima Schweineschmalz zu 9.4 für 1 Pfund kartensfrei erhältlich. Verkauf nur an Auswärtige.

Mehl.

Von Freitag, den 6. Juni bis einschließlich Samstag, den 14. Juni sind erhältlich

a) in den Geschäften von Johann Egenolf, Wm. Vorch und Wm. Strauß gegen Marke 1 der Einfuhrzusagekarte für Mehl

500 Gr. weißes Weizenmehl zu 1,55 M das Pfund,

b) in den Geschäften von J. W. Kuhn, Karl Bebler und Kölner Rosum gegen Marke 2 der Einfuhrzusagekarte für Mehl

500 Gr. dunkles Weizenmehl zu 0,85 M das Pfund oder

500 Gr. helles amerikanisches Roggenmehl zu 1,50 M das Pfund.

Ülten mitbringen.

Obstbäume.

Auf dem Nassauer Berg befinden sich eine große Anzahl junge Obstbäume, welche an vorhandene Baupläne nicht angebunden sind. Die Pächter wollen zur Vermeidung von Sturmschäden das Abbinden der Obstbäume baldigst ausführen.

Rali.

Eine weitere Sendung (22%) eingetroffen. Ausgabe am Mittwoch, den 11. Juni, mittags 1 Uhr auf dem Rathause. Sacke mitbringen.

Saatkartoffelfläcke.

Die im August 1918 abgelieferten Saatkartoffelfläcke werden Donnerstag, den 12. Juni, mittags von 1 bis 12½ Uhr im Rathause ausgegeben.

Fleischverorgungsbezirk Bergnassau-Scheuern.

Die Fleischabgabe erfolgt in dieser Woche

Freitag Vormittag:

An die Bewohner von Bergn.-Scheuern von 9-10 Uhr Fleischkarten 101-110 von 10-11 Uhr Fleischkarten 201-210 von 11-12 Uhr Fleischkarten 1-10

Freitag Nachmittag:

Von 3-4 Uhr Oberwies, Schweinefleisch, Veffighofen und Gellert von 4-5 Uhr Dienethal und Mülheim von 5-6 Uhr Sulzbach.

Bergn.-Scheuern, 11. Juni 1919.

Der Bürgermeister

Nassau.

Prima Fußboden

kein Ersatz; vorteilhaft nur an Wiederverkäufer abzugeben. Delwerke, Adler, Coblenz-Lübel, Telefon 67.